




Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

ich freue mich, Ihnen die nächste Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um den Schulbau an der Hauptstraße/Georg-Löwenstein-Straße, die Nahversorgung und die Parkplätze in der Rummelsburger Bucht, die geplante Feuerwache in Friedrichsfelde, den Abriss der Brücke An der Wuhlheide, die Sicherheitslage am S-Bahnhof Karlshorst und die Sanierungsarbeiten an der U-Bahnlinie U5.

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für lebens- und liebenswerte Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihre



**Lilia Usik, MdB**  
Ihre direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht

Geschafft!

Wie Berlin endlich besser funktioniert

Weniger Warteschleifen, kein nerviges Hin- und Her. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (li.) und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner haben geschafft, was viele lange für unmöglich hielten. Mit Unterstützung aller demokratischen Fraktionen sorgen sie für klare Zuständig- und Verantwortlichkeiten in unseren Behörden. Berlin wird auf neue, schnellere und bessere Beine gestellt. Seite 4



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Neues Polizeigesetz: Sicherheit der Berliner wird großgeschrieben

Größte Reform seit Jahrzehnten: Von mehr Videoschutz bis zu mehr Messerverboten

Sich sicher fühlen in Bussen und Bahnen, in Grünanlagen, überall in der Stadt. Zu jeder Tages- und Nachtzeit. Genau das erhöht den Wohlfühlfaktor, macht Berlin noch lebenswerter. Für dieses wichtige Ziel hat die CDU-Fraktion das größte Reformvorhaben seit der Wiedervereinigung auf den Weg gebracht. Damit werden wichtige Versprechen eingehalten, die Polizei besser ausgestattet, der Alltag der Berliner wird sicherer.

**Mehr Videoschutz**

Konkret geht es um diese Punkte: Es wird Videoschutz-Anlagen an kriminalitätsbelasteten Orten geben. Denn Kameras verunsichern und vertreiben Kriminelle. Straftaten können damit vermieden

Eine deutliche

Mehrheit

der Berliner unterstützt mehr Videoschutz



und auch leichter aufgeklärt werden. Nach Umfragen wird mehr Videoschutz von einer deutlichen Mehrheit der Berliner unterstützt. Nach Jahren rot-grün-roter Blockade wird das jetzt umgesetzt.

**Gefährder auf Abstand**

Polizeibekannte Wiederholungstäter und Gefährder lassen sich künftig leichter auf Distanz halten und von schlimmen Taten abhalten. Dabei helfen elektronische Fußfesseln zur genauen Standortkontrolle.

Mit ihnen lassen sich Täter leichter von schutzbedürftigen Personen und sensiblen Orten ferngehalten. Dies wird neben Fußfesseln auch durch eine rechtsstaatlich direktere ... weiter auf Seite 2 oben


AUSBILDUNG

2000

zusätzliche betriebliche Lehrstellen sollen für junge Berliner geschaffen werden

Seite 8

INFO — GRAFIK



Öffentlicher Nahverkehr von Berlin

Täglich 11-mal um die Erde: Zahlen und Fakten zu BVG und S-Bahn.

Seite 3

Berliner Tempo beim Bau macht jetzt Schule

Express-Beauftragung, 24/7-Arbeiten und Bonuszahlungen bei Termineinhaltung

Berlins Westend- und Ringbahnbrücke wie auch die Wuhlheidebrücke waren schneller weg, als viele gucken konnten. Das machte bundesweit positive Schlagzeilen. Dieses neue Berliner Tempo soll jetzt auf andere Vorhaben ausgedehnt werden. Das gilt selbstverständlich auch für den Neubau.

**Ampelstaus bei Baustellen vermeiden**

So soll die Beauftragung gerade bei kritischer Infrastruktur wie Brücken und wichtigen Straßen mit klaren

Kriterien vereinfacht und beschleunigt werden. Dazu soll grundsätzlich an jedem Tag rund um die Uhr gearbeitet werden. Unter Berücksichtigung des Lärm- und Arbeitsschutzes versteht sich. Generell sollen bei Baustellen auf Hauptverkehrsstraßen die Ampelschaltungen angepasst werden, um unnötige Staus von vornherein zu vermeiden und alle Baustellen werden künftig zentral koordiniert.

**Tschüß Geisterbaustelle!**

Die Genehmigungsverfahren wurden bei den Baustelleneinrichtungen



Baustelle: Staus vermeiden

Foto: IMAGO/CHROMORANGE

bereits zu Jahresbeginn deutlich vereinfacht und die jüngst beschlossenen Vereinfachungen bei Ersatzneubauten verkürzen die Planungsphasen um ein bis drei Jahre.

Zusätzlich soll ein Bonus-Malus-System Anreize schaffen, termingerecht zu bauen. Wer früher fertig wird, bekommt eine Prämie. Bei Verzögerungen drohen stattdessen Straf-gelder. Dieses Prinzip war schon 2012 bei der Avus-Sanierung erfolgreich: Die Arbeiten auf der neun Kilometer langen Strecke konnten damals ein Jahr früher als geplant abgeschlossen werden.

Der Bau-Turbo sorgt jetzt auch bei der Schaffung bezahlbarer Wohnungen für mehr Fahrt. Eine langjährige Forderung der Berliner CDU-Fraktion wird damit nun im Bund realisiert.

**Bau-Turbo beim Wohnungsbau**

Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Beschluss unter anderem Planungsvorgaben erleichtert und damit beschleunigt. Aufstockungen und Nachverdichtungen sollen über Planvorgaben hinaus möglich werden. Experten sind sicher: Davon wird Berlin profitieren.



### Kopftuchverbot gilt weiter

Die CDU-Fraktion lehnt die demonstrative Zurschaustellung religiöser Symbole im öffentlichen Dienst, in denen die Bürgerinnen oder Bürger in besonderer Weise dem staatlichen Einfluss unterworfen sind, weiterhin klar ab. Das dient dem Zusammenhalt und dem sozialen Frieden in unserer Stadt. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war nun allerdings das pauschale Kopftuchverbot für Lehrerinnen unvereinbar mit unserem Grundgesetz, eine verfassungsgemäße Anpassung unausweichlich. Aufgehoben ist es jedoch nicht: Das Trageverbot gilt weiterhin bei Störung des Schulfriedens oder der staatlichen Neutralität. Und es gilt uneingeschränkt auch für Polizei, Gerichte und Justiz.



Polizei: Kopftuch bleibt verboten Foto: IMAGO/Eibner

### Messedächer für Solarstrom

Die Messe Berlin liefert jetzt auch Solarstrom: Auf den Hallendächern unter dem Funkturm ging die stadtweit größte Photovoltaik-Dachanlage in Betrieb mit einer installierten Gesamtleistung von fast 7,5 Megawatt (MW). Sie zählt damit zu den derzeit größten Aufdachanlagen in Deutschland.



Solardach Messe Foto: IMAGO/McPHOTO

# Wer Abschiebungen sabotiert, wird bestraft

CDU-Fraktion Berlin will Datenweitergabe durch Dritte verhindern



Abschiebungen via Flugzeug werden oft durch Weitergabe von Informationen boykottiert Foto: IMAGO/BREUEL-BILD

Schon länger werden wirksamere Maßnahmen zum Schutz von Abschiebeflügen gefordert. Auf ihrer Klausurtagung in Bayern hat die CDU-Fraktion Berlin dazu eine Bundesratsinitiative zur Schließung der bestehenden Vertraulichkeitslücke im Aufenthaltsgesetz auf den Weg gebracht. Ziel ist es, künftig auch die vorsätzliche Weitergabe sensibler Informationen durch Nicht-Amtsträger unter Strafe zu stellen – um geplante Abschiebungen nicht länger durch gezielte Warnungen und Datenleaks zu gefährden.

### Abschiebeflüge werden gezielt von Aktivisten vereitelt

Ein zentrales Problem: Immer wieder scheitern geplante Abschiebungen, weil vorab vertrauliche Informationen veröffentlicht werden. In Unterstützernetzwerken und auf Online-Plattformen wie „No Border Assembly“ oder im so-

Künftig sollen sich auch außenstehende Personen

strafbar

machen, die durch Weitergabe vertraulicher Informationen die Durchführung geplanter Abschiebungen gefährden.

genannten „Abschiebe-Alarm“ werden regelmäßige Flugziele, Zeiten und Airlines von bevorstehenden Sammelausschiebungen genannt. Die Folge: Vollziehbar Ausreisepflichtige tauchen kurz vor dem Termin unter – oft mithilfe der organisierten Unterstützerszene.

Laut Berichten, unter anderem im Focus, gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass die geleakten Informationen aus internen Systemen stammen – also direkt aus dem Umfeld der an der Abschiebung beteiligten Behörden. Dennoch bleiben solche Datenweitergaben bislang ohne strafrechtliche Konsequenzen, wenn sie nicht von einem Amtsträger oder einem besonders Verpflichteten erfolgen.

Genau hier setzt die CDU-Fraktion Berlin an: Sie will, dass die Geheimhaltungspflichten künftig auch für außenstehende Personen gelten. Wer bewusst Informationen über geplante Abschiebungen

weitergibt – unabhängig davon, ob er Teil der Verwaltung ist oder nicht – soll sich strafbar machen, wenn dadurch die Durchführung gefährdet wird. Denn der Rechtsstaat darf nicht dulden, dass rechtmäßige Rückführungen durch Datenleaks und Warnketten sabotiert werden.

„Wer solche Informationen weitergibt, missbraucht staatliches Wissen zur gezielten Verteilung rechtsstaatlicher Maßnahmen“, heißt es im Antrag. Der Gesetzgeber müsse diese Lücke im § 97a Aufenthaltsgesetz umgehend schließen.

Neben der strafrechtlichen Absicherung sensibler Daten will die CDU-Fraktion auch gegen organisierte Unterstützernetzwerke konsequenter vorgehen. Gruppen wie „No Border Assembly“ rufen offen dazu auf, Rückführungen zu verhindern, und geben konkrete Hinweise zu Flugverbindungen weiter. Die CDU im Berliner Landesparlament fordert daher eine umfassende rechtliche Prüfung.

### Staatliches Handeln braucht Verlässlichkeit

Es ist gut, dass das Thema nun konsequent angegangen wird. Eine bloße politische Ablehnung von Abschiebungen rechtfertigt eben keine Sabotage. Die gezielte Vereitelung vollziehbarer Ausreisepflichten untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat und benachteiligt jene, die auf legale Wege und Verfahren setzen.

Der Staat muss in der Lage sein, seine Entscheidungen auch umzusetzen. Dazu gehört, dass geplante Rückführungen nicht durch Leaks und Warnsysteme unterlaufen werden können. Die geforderte Gesetzesänderung könnte dabei helfen.

### ... Fortsetzung von Seite 1

Gefährderansprache der Polizei möglich.

### Mehr Messerverbote

Auch die Sicherheitslage auf öffentlichen Straßen und Plätzen soll sich spürbar verbessern. Dazu sollen Messerverbotzonen auf weitere Orte mit hoher Kriminalitätsbelastung ausgeweitet werden. Am Leopoldplatz, am Kottbusser Tor und im Görlitzer Park hat sich das bewährt. Dort dürfen seit Mitte Februar keinerlei Waffen mehr mitgeführt werden. Erst kürzlich wurde für BVG und S-Bahn ein komplettes Messerverbot durchgesetzt, das jetzt verstärkt kontrolliert wird.

Die Sicherheit der Berliner hat für die CDU-Fraktion höchste Priorität. Geplant ist deshalb auch eine Vielzahl von neuen rechtlichen Möglichkeiten unserer Polizei: wie die Kommunikationsüberwachung (TKÜ) von Verdächtigen etwa in der Clan-Kriminalität und zur Terrorabwehr, die Internet-Suche nach biometrischen Daten, der Drohnen-Einsatz zur Überwachung, die Ausweitung des Betretungsverbots für Täter von Wohnungen in Fällen häuslicher Gewalt von jetzt 14 auf 28 Tage.

Das und vieles mehr wird Berlin Schritt für Schritt sicherer und damit noch lebenswerter machen.



Gefährder stärker im Blick Bild: 4o

# Regelmäßiges Reanimationstraining an Schulen

Junge Menschen lernen, im Notfall das Richtige zu tun

Plötzlicher Herz-Kreislaufstillstand – ein medizinischer Notfall, der jederzeit eintreten kann. Und doch sind die Überlebenschancen in Deutschland alarmierend gering: Weniger als zehn Prozent der Betroffenen überleben ein solches Ereignis außerhalb eines Krankenhauses. Der Grund liegt nicht im Mangel medizinischer Möglichkeiten, sondern im fehlenden Eingreifen von Umstehenden. Dabei sind die ersten Minuten entscheidend. Wird sofort mit einer Wiederbelebung begonnen, kann die Überlebenschance auf bis zu 70 Prozent steigen. Genau hier setzt ein neuer Antrag der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus an.

Unter dem Titel „Erste Hilfe zählt – Reanimation macht

Schule in Berlin“ möchte die Fraktion ein verbindliches Reanimationstraining an den Berliner Schulen etablieren. Ziel ist es, jungen Menschen frühzeitig das nötige Wissen und Selbstvertrauen zu vermitteln, um im Ernstfall richtig zu handeln – und Leben zu retten. Die Fraktion spricht von einer „neuen Generation von Lebensrettern“, die durch Schulbildung systematisch aufgebaut werden soll.

### Neue Generation von Lebensrettern

Unterstützung erhält die CDU-Fraktion von Expertenseite: Der Deutsche Rat für Wiederbelebung und der Bundesverband Medizintechnologie fordern in einem gemeinsamen



Foto: IMAGO/Zoonar

70 %

gesteigerte Überlebenschance bei sofortiger Wiederbelebung

Aktionsplan regelmäßige Reanimationsschulungen bereits ab der siebten Klasse – am besten jährlich. Die Kultusministerkonferenz hatte bereits 2014 empfohlen, Wiederbelebung fest in den Schulunterricht zu integrieren. Doch umgesetzt wurde diese Empfehlung in den meisten Bundesländern bislang nicht. Dabei zeigen andere Länder wie Dänemark oder die Niederlande, wie es besser geht: Dort werden Schüler regelmäßig geschult – mit dem Ergebnis, dass die Reanimationsraten deutlich über 70 Prozent liegen.

### Projekt in Koblenz bereits erfolgreich

Vorbild für den Berliner Antrag ist das erfolgreiche Schul-

projekt #koblenzdrückt. In Koblenz lernen Schülerinnen und Schüler der siebten Klassen unter Anleitung der ADAC Stiftung und des Deutschen Rats für Wiederbelebung die wichtigsten Handgriffe der Reanimation – an Übungspuppen, mit klaren Schrittfür-Schritt-Anleitungen und regelmäßigen Übungen. Die Ergebnisse sind vielversprechend: Die Schüler berichten von mehr Selbstvertrauen, höherer Handlungssicherheit und einer klaren Bereitschaft, im Notfall einzugreifen. Das Projekt sorgt zudem für Sichtbarkeit des Themas im öffentlichen Raum – ein Effekt, den sich die Unionsabgeordneten auch für Berlin erhoffen.

Konkret schlägt der Antrag vor, in einem ersten Schritt ein

Pilotprojekt an Berliner Schulen zu starten, das sich eng am Koblenzer Vorbild orientiert. In Kooperation mit der ADAC Stiftung und weiteren geeigneten Partnern sollen professionelle Schulungsmaterialien, qualifizierte Trainerinnen und Trainer sowie ein praxisnaher Lehrplan zur Verfügung gestellt werden. Bestehende Strukturen sollen dabei einbezogen und gestärkt werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und vorhandene Synergien zu nutzen. Ziel ist es, den Reanimationsunterricht dauerhaft im Berliner Schulalltag zu verankern. Nach einer umfassenden Evaluation soll eine berlinweite Ausweitung erfolgen. Berlin kann mehr Leben retten – wenn wir es nur früh genug lehren.



# Täglich 11-mal um die Erde

## BVG und S-Bahn: Zahlen und Fakten zum ÖPNV

Berlin, mit einer Flächengröße von 892 km², 3,9 Millionen Einwohnern sowie 12,7 Millionen Gästen im Jahr 2024, befördert jährlich über eineinhalb Milliarden Fahrgäste mit den Verkehrsmitteln des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gut, sicher und umweltfreundlich an ihr Ziel. Unsere Hauptstadt verfügt über das größte Stadtbusnetz in Deutschland und das weltweit viertgrößte Straßennetz.

### Gleisnetz-Erweiterungen >>> Dank Initiativen der CDU-Fraktion



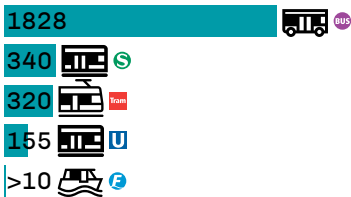
**U3** U3-Lückenschluss ist beschlossen: Netzerweiterung zwischen Krumme Lanke – Mexikoplatz  
**U7** Finanzierungsvereinbarung getroffen: U7-Verlängerung zum BER (und Spandau)  
**U2 U9** Verlängerung der U2 und U9: entschieden im Verkehrskonzept für den Blankenburger Süden  
**U8** Verlängerung von Wittenau bis Märkisches Viertel geplant

**S75** Verlängerung der S75: entschieden im Verkehrskonzept für den Blankenburger Süden  
**S21** Neue Nord-Süd-Verbindung (Vorzugsvariante) beschlossen: S21 verbindet nördlichen und südlichen Berliner Innenring und macht den Berliner Hauptbahnhof besser erreichbar

**Tram 50 M1** Verlängerung der Linien 50 und M1: die 3,5 km lange Strecke bindet mehr als 10.000 Berlinerinnen und Berliner in der Elisabeth-Aue an den ÖPNV an

1179km  
# Gleisnetz

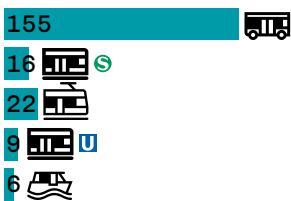
#### Linienlänge (km)



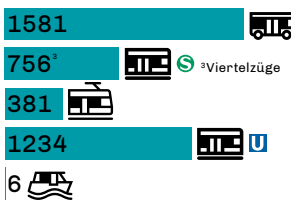
#### Haltestellen



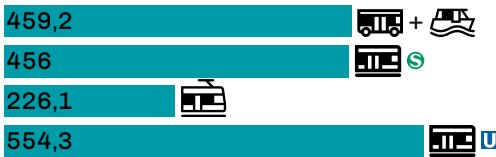
#### Linienanzahl



#### Fahrzeuganzahl



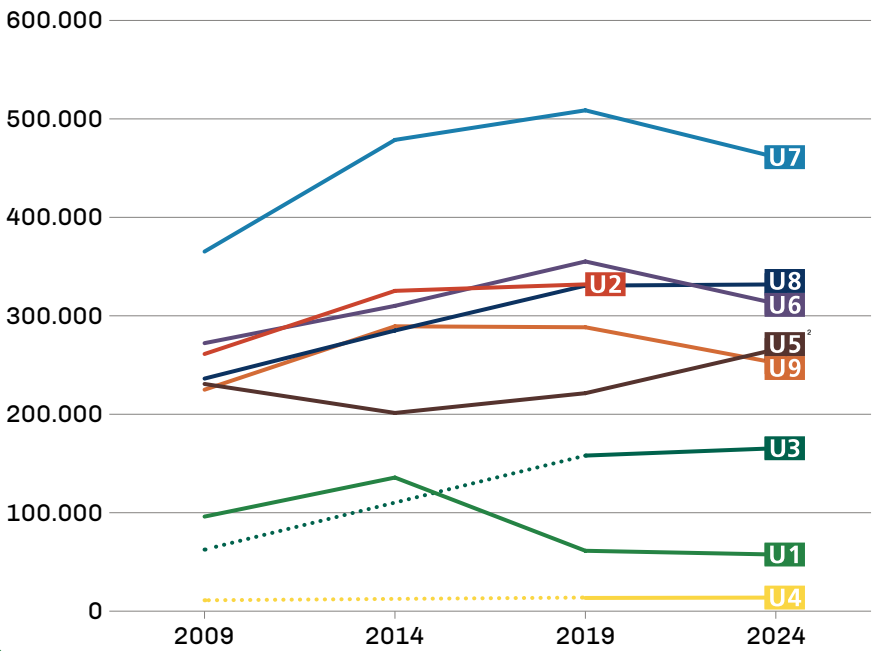
#### Fahrgastfahrten in Mio.



2x 9x

Die S-Bahn fährt täglich zweimal, die BVG neunmal um die Erde

### Durchschnittliche tägliche Fahrgastzahlen<sup>1</sup> der Berliner U-Bahn-Linien



**U8** Erfolgreiche Reinigungsstreife auf der U8 sorgt für Sauberkeit und Sicherheit. Die BVG erweitert nun auch auf die U7 zwischen den Stationen Neukölln und Yorckstraße und die U5 zwischen Alexanderplatz und Lichtenberg.

<sup>1</sup> gemittelte Werte aus verschiedenen Jahreszeiten (Schul- und Ferienzeiträume) und einem durchschnittlichen LBF-Wert (Linienbezogene Fahrgastfahrt) für einen durchschnittlichen Mo-Fr: ohne Vollerhebung, inklusive Baumaßnahmen und Streiks; Daten in 2019 zum Teil ungeprüft aus dem Projekt AFZS (Automatische Fahrgastzählsysteme) <sup>2</sup> inklusive U55 in 2014 und 2019



456 1109,7

Millionen Fahrgastfahrten in 2024

3090 16.588

Mitarbeiter beschäftigten 2024 die S-Bahn Berlin bzw. die BVG

183 483

Auszubildende waren 2024 unter den Beschäftigten

441 1148

Fahrausweisautomaten in 2024



# Ohne Termin ins Bürgeramt: Mutiges Experiment besteht Praxistest

Nutzer berichten von guten Erfahrungen. Senat verspricht genaue Auswertung

Kein Terminärger, kein langes Warten: Der erste terminfreie Aktionstag in Berlins Bürgerämtern im Mai ist bei vielen Berlinern auf Beifall gestoßen. Praxistest bestanden.

**Berliner positiv überrascht**

„Ich habe meine Meldebescheinigung abgeholt und bin direkt drangekommen“, schildert ein Kladower seine Erfahrung in einem Medienbericht. „Diese Aktion bringt wirklich was.“

Eine Mutter aus Wedding konnte schneller als sie sich das hätte vorstellen können, einen Reisepass für ihre Tochter beantragen. Blitzschnell erledigt in nur 45 Minuten.

Organisatorisch lief alles bestens am Testtag, das von Kritikern befürchtete Chaos durch zu großen Andrang blieb aus. Das terminfreie An-

**”**  
*Ich habe meine Meldebescheinigung abgeholt und bin direkt drangekommen.*

**Bürger aus Kladow**



Ohne Termin ins Bürgeramt: Idee von Berlins Regierenden Kai Wegner  
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

gebot war auf Pass- und Ausweisangelegenheiten begrenzt.

**Beispiel könnte Schule machen**

Ergebnisse will der Senat jetzt intensiv auswerten. Denn der Wunsch nach einer Wiederholung ist längst schon laut geworden. Vielleicht geht auch noch mehr: Dass Berliner künftig die Wahl haben zwischen termingebundenen und terminfreien Zeiten.

Dazu schlägt die CDU-Fraktion in einem neuen Antrag vor, regelmäßige spontane Besuche in Bürgerämtern zu ermöglichen, sei es monatlich, wöchentlich oder in den ersten Betriebsstunden, wenn es erfahrungsgemäß noch ruhiger ist. Die CDU-Fraktion regt an, dazu ein überzeugendes Konzept zu erarbeiten.

# Ausgezeichnet! Berlins Schneller-Bauen-Gesetz

Verband der Immobilienwirtschaft lobt erfolgreiche Initiative für Bürokratieabbau

Bürokratie nervt nicht nur, sie lähmt und ist verdammt teuer. Sie ist einer der Gründe, warum es insbesondere beim Wohnungsbau nicht voranging, mehr bezahlbares Wohnen schwierig war. Zur Überraschung vieler Experten hat Berlin diesem Paragraphen-Monster entschlossen den Kampf angesagt. Mit Erfolg und jetzt sogar mit Auszeichnung.

**Schneller-Bauen-Gesetz Berlins vorbildlich**

Der Zentrale Ausschuss, ein Verband der Immobilienwirt-

**”**  
*Innovativste Bauordnung Deutschlands*

**Zentrale Ausschuss**  
Verband der Immobilienwirtschaft

schaft, hat Berlin für sein Schneller-Bauen-Gesetz als „innovativste Bauordnung Deutschlands“ gewürdigt. So seien Genehmigungsverfahren erleichtert und beschleunigt worden, auch die Förderung von Investitionen erscheint vorbildlich. Berlin übernehme mit der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Neufassung seiner Bauordnung eine Vorreiterrolle auch für andere Bundesländer.

So gut dieses Lob auch tut, es besteht kein Grund, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen. Denn angesichts von Verunsicherungen durch die

abgewählte rot-grün-gelbe Bundesregierung halten sich Investoren zurück. Hier gilt es, Vertrauen und Verlässlichkeit schnell wieder aufzubauen.

**Mehr als 5000 genehmigte Sozialwohnungen**

Ein Lichtblick für Berlin sind die Zahlen für Genehmigungen preiswerter Sozialwohnungen. Erstmals seit Jahren wurde 2024 die Marke von 5000 bewilligten Einheiten überschritten (klartext berichtete). Gemeinsames Ziel der Koalition bleibt es, dies jedes Jahr zu erreichen.

# Berlin wird auf neue, schnellere und bessere Beine gestellt

Historisch! Zweidrittel-Mehrheit für eine besser funktionierende Stadt



Großvorhaben mit großem Zuspruch: mehr Service für Berliner, klare Zuständigkeiten  
Foto: IMAGO/Berlinfoto

In der Warteschlange hängen, bis Anrufer irgendwann aufgeben. Für das Anliegen fühlt sich niemand zuständig, schon gar nicht verantwortlich. Dieses Dauerärgernis wird jetzt konkret angegangen: Berlins Verwaltung wird endlich auf neue, schnellere und bessere Beine gestellt.

Ein Großvorhaben in historischen Ausmaßen. Verfassungsänderung und ein neues Landesorganisationsgesetz sind das Fundament für eine wieder besser funktionierende Stadt. Dadurch wird es konkret möglich, unter den Landes- und Bezirksbehörden für klare Zuständig- und Verantwortlichkeiten zu sorgen – das Ende des Behörden-Pingpongs, ein entscheidender Schritt zu mehr Tempo bei allen Serviceleistungen für Berliner.

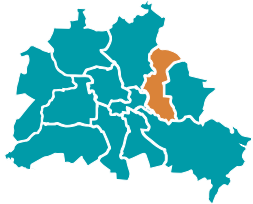
Politische Beobachter haben diesen Prozess kritisch begleitet. Die gemeinsame Verständigung mit Zweidrittel-Mehrheit im Parlament schreiben sie Berlins Regierenden Bürgermeister als Erfolg zu, Kai Wegner hat mit seiner moderierenden, aber konsequenten Rolle die Reform entscheidend geprägt. Der Tagesspiegel nennt es ein „Husarenstück“ Kai Wegners. Ihm sei tatsächlich gelungen, woran andere zuvor gescheitert waren: alle ins Boot holen.

Bis die Verbesserungen greifen, bedarf es noch viel Arbeit. Fast 5000 Verwaltungsaufgaben müssen Schritt für Schritt zugeordnet werden. Dann weiß jeder, was zu tun ist, niemand kann sich mehr herausreden. Berlin ist damit auf gutem Weg, dass es besser läuft.



Schneller bauen – wichtiger Schritt zu mehr bezahlbarem Wohnen  
Foto: IMAGO/photothek





## Endlich grünes Licht für Schulneubau

Baubeginn der neuen Grundschule an der Hauptstraße/Georg-Löwenstein-Straße in der Rummelsburger Bucht bereits im Sommer 2025

Die neue Grundschule in der Hauptstraße/Georg-Löwenstein-Straße in der Rummelsburger Bucht kommt sogar früher als gedacht: Nach jahrelangen Diskussionen, Planungsänderungen und Verzögerungen startet der Bau nun offiziell im Juni 2025. Bereits zum Schuljahr 2026/2027 sollen hier Kinder lernen und spielen können – ein Lichtblick für viele Familien im Bezirk.

### Dringend benötigte Schulplätze

„Lichtenberg wächst, und mit ihm der Bedarf an Schulplätzen. Deshalb ist dieser Baustart so wichtig“, betont Lilia Usik, CDU-Abgeordnete für die Rummelsburger Bucht. Die neue Schule sei nicht nur ein infrastrukturelles Projekt, sondern „ein Versprechen an die Familien in unserem Bezirk, dass Bildung wohnortnah und in hoher Qualität stattfinden kann.“

Mit modernen Klassenräumen, einer Sporthalle und großzügigen Außenanlagen wird die neue Einrichtung zahlreichen Schülerinnen und Schülern Platz bieten.

### Beitrag zur Schulinfrastruktur im Bezirk

Die neue Schule entlastet umliegende Schulen in der Nachbarschaft und trägt dem starken Zuzug im Gebiet Rechnung. Lilia Usik betont: „Wir investieren hier in die Zukunft unserer Kinder. Lichtenberg soll ein Ort bleiben, an dem junge Familien gerne leben – mit guter Bildung, kurzen Wegen und einem starken Gemeinwesen. Ich danke allen zuständigen Behörden und Akteuren, dem Bezirk und dem Land Berlin, dass wir hier vorankommen.“

### Nachbarn zeigen sich erleichtert

Auch in der Nachbarschaft herrscht Erleichterung. Lange war unklar, wann und ob der Bau beginnen könne

**„Wir investieren hier in die Zukunft unserer Kinder. Lichtenberg soll ein Ort bleiben, an dem junge Familien gerne leben – mit guter Bildung, kurzen Wegen und einem starken Gemeinwesen. Ich danke allen zuständigen Behörden und Akteuren, dem Bezirk und dem Land Berlin, dass wir hier vorankommen.“**

**Lilia Usik**  
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses



Eine neue Schule in Rummelsburg ist dringend notwendig Foto: Lilia Usik

– Unstimmigkeiten zwischen Bezirk und Senat sowie zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen hatten den Zeitplan wiederholt verzögert. Umso erfreulicher, dass es jetzt schneller losgeht als zuletzt angenommen.

„Ich bin froh, dass wir trotz aller Schwierigkeiten früher starten können als gedacht“, so Usik. „Das zeigt:

Wenn wir gemeinsam mit Bezirk, Senat und engagierter Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen, schaffen wir Veränderung.“ Die Abgeordnete betont abschließend: „Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Zeitplan eingehalten und die Schule fristgerecht eröffnet wird. Für die Kinder zählt jedes Jahr.“

## Zügiger Abriss der Brücke An der Wuhlheide

Viel Lob für die koordinierte Arbeit gilt allen zuständigen Behörden und Akteuren, dem Land Berlin und den Bezirken Treptow-Köpenick und Lichtenberg

Kaum eine andere Nachricht beschäftigte unsere Nachbarschaften in den letzten Wochen mehr als die Brücke An der Wuhlheide. Die 1989 errichtete Brücke wies seit Jahren Rissbildungen auf, deren kritische Entwicklung zur Vollsperrung der gesamten Kreuzung am 19. Mai 2025 führte. Die Straßenbahnlinien M17, 21, 27 und 37 wurden unterbrochen oder umgeleitet, ein Ersatzverkehr mit Bussen wurde eingerichtet. Karlshorst und Oberschöne-weide waren voneinander getrennt.

Bereits wenige Tage später begann der Abriss. Bis zum 29. Mai waren sechs von neun Brückenfeldern ent-



Die Brücke An der Wuhlheide wurde sehr schnell, professionell und gut koordiniert abgerissen Foto: Lilia Usik

fernt, die M17 konnte im Pendelbetrieb wieder fahren. Der vollständige Rückbau soll bis spätestens 27. Juni abgeschlossen sein. Rettungsfahrzeuge können die Kreuzung wieder passieren, Autos und Radfahrende mussten weiter umfahren.

Lilia Usik, Abgeordnete für Karlshorst für die CDU-Fraktion, lobt Senat, BVG, Bezirke, Feuerwehr und die ausführende Firma für die schnelle und gut koordinierte Zusammenarbeit beim Abriss der Brücke. Besonderer Dank geht an Verkehrssenatorin Ute Bonde für das effektive Krisenmanagement.



Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

ich freue mich, Ihnen die nächste Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um den Schulbau an der Hauptstraße/Georg-Löwenstein-Straße, die Nahversorgung und die Parkplätze in der Rummelsburger Bucht, die geplante Feuerwache in Friedrichsfelde, den Abriss der Brücke An der Wuhlheide, die Sicherheitslage am S-Bahnhof Karlshorst und die Sanierungsarbeiten an der U-Bahnlinie U5.

### Kiez-Newsletter abonnieren

Gerne möchte ich Ihnen wie gewohnt unseren kostenlosen Newsletter ans Herz legen, falls Sie ihn noch nicht bereits abonniert haben. Dort informieren wir als Newsletter-Team zweimal monatlich am ersten und dritten Freitag im Monat über die ortsbezogenen Themen und Veranstaltungen in Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg. Am häufigsten stehen Stadtentwicklung, Verkehr, Bildung und Kultur im Fokus.

Unter folgenden Links können Sie sich innerhalb von einer Minute dafür anmelden:

[www.unser-karlshorst.de](http://www.unser-karlshorst.de)  
für Karlshorst

[www.unser-friedrichsfelde.de](http://www.unser-friedrichsfelde.de)  
für Friedrichsfelde

[www.unser-rummelsburg.de](http://www.unser-rummelsburg.de)  
für Rummelsburg

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für lebens- und lebenswerte Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihre

**Lilia Usik, MdB**

Ihre direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht





Bauarbeiten an der U5 verschoben – Lichtenberg, Friedrichsfelde, Tierpark und Biesdorf bleiben vorerst angebunden

Gute Nachricht für alle, die regelmäßig mit der U5 unterwegs sind: Die geplante Sperrung zwischen Frankfurter Allee und Biesdorf-Süd wird verschoben. Grund dafür sind Lieferprobleme – die nötigen Weichen, die zwischen Tierpark und Friedrichsfelde eingebaut werden sollten, sind nicht rechtzeitig eingetroffen. Eigentlich sollten die Bauarbeiten am 30. Juni 2025 starten und bis Ende August dauern. Nun heißt es: U5 fährt vorerst weiter wie gewohnt. Ein neuer Termin für die Sperrung steht noch nicht fest.



Die U5 fährt auch im Sommer weiterhin ununterbrochen Foto: Lilia Usik

Sicherheit rund um den S-Bahnhof Karlshorst: Antrag beschlossen – Umsetzung folgt

Viele Nachbarn haben sich an uns gewandt, um über das Thema Sicherheit am S-Bahnhof Karlshorst zu sprechen. Wir als CDU-Fraktion setzen uns intensiv für Verbesserungen am und im Umfeld des Bahnhofs ein. Unser mittlerweile beschlossener Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg zielt auf mehr Aufenthaltsqualität und Sauberkeit rund um den Bahnhof und am Hermann-Duncker-Platz ab – unter anderem durch bessere Beleuchtung, Unterstützungsmaßnahmen für Anwohner sowie soziale Angebote für obdachlose Menschen. Auch der Einsatz von Videoüberwachung wird derzeit diskutiert. Nach zwei LKW-Unfällen an der S-Bahnbrücke in der Treskowallee fordern wir zudem eine deutlichere Beschilderung sowie ein optisches Warnsystem für Lastwagen.

Parkplätze weg, Versorgung gefährdet

Kritik an geplanter Änderung des Bebauungsplans an der Hauptstraße in der Rummelsburger Bucht

CDU fordert Erhalt der Parkplätze als Voraussetzung für Supermarkt

Die Rummelsburger Bucht braucht Nahversorgung, Parkplätze und Regenrückhaltebecken Foto: Lilia Usik

Die geplante Erweiterung der Kita an der Hauptstraße in der Rummelsburger Bucht klingt erstmals positiv – doch der aktuelle Entwurf des Bebauungsplans (Stand 10. Juni 2025) hat es in sich. Durch die Änderung sollen mehrere Parkplätze in der Nachbarschaft ersatzlos wegfallen, obwohl sie dringend gebraucht werden – auch für die Grundversorgung im Kiez.

„Dass die Parkplätze vor der früheren Norma-Filiale wegfallen sollen, wird mit der Schließung des Discounters begründet. Dabei ist es genau andersherum, dass sich dort kein Discounter ansiedelt, wenn Parkplätze dauerhaft fehlen“, kritisiert Lilia Usik, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die Rummelsburger Bucht für die CDU. „So wird Nahversorgung für die Nachbarschaft aktiv verhindert. Die Bevölkerung wächst. Insbesondere Ältere sind auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen.“

Parkraumbedarf von Anwohnern und Nahversorgung darf nicht ignoriert werden

Auch Diana Ziegler, Mitglied im bezirklichen Stadtentwicklungsausschuss, schlägt Alarm: „Die erforderliche Änderung des Bebauungsplans

Wir benötigen die Erweiterung der Kita genauso wie den Supermarkt – und eine pragmatische realitätsnahe Verkehrs- und Umweltpolitik.“

Lilia Usik Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses



aufgrund der Kita-Erweiterung wird von der grünen Bezirksstadträtin für Verkehr und Grünflächen und der linken Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung dazu genutzt, eine ideologisch getriebene autofeindliche Politik zu betreiben. Diese wird über die Bedürfnisse der Anwohner gestellt. Die Beschlüsse unserer Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung werden ignoriert. Der Erhalt dieser Parkplätze wurde beschlossen. Er ist umso wichtiger, als dass weitere 50 Parkplätze mit dem Bau einer Fahrradstraße ersatzlos wegfallen und bereits jetzt zu wenige Parkplätze bei der Neubebauung berücksichtigt wurden“.

Parkplätze für Kiss-and-Ride am Ostkreuz sollen umgesetzt werden

Lilia Usik ergänzt: „Bei der

Neubebauung hinter dem Bahnhof Ostkreuz wurden Fahrradabstellflächen, aber keine Parkplätze für Autos, geschweige denn eine Kiezzgarage geplant. Leerstehende Standspuren für gut 20 Taxen wurden gebaut, aber keine einzige Haltestelle für Anwohner, die kurz jemanden zum Bahnhof bringen oder abholen wollen“. Für letzteres wartet die CDU seit Monaten auf die Umsetzung ihres in der BVV beschlossenen Antrages durch die grüne Bezirksstadträtin für Verkehr und kritisiert diese Verkehrspolitik als einseitig.

Umweltschutz bleibt offen: Der Rummelsburger See braucht ein Regenrückhaltebecken

Diana Ziegler fügt hinzu: „Würde es wiederum um die Umwelt gehen, hätten die

beiden Bezirksstadträtinnen einen weiteren Antrag berücksichtigt: Jährlich werden über den Ruschegraben tonnenweise Schwermetalle und bei Starkregen sogar die übertretende komplette Kanalisation in den Rummelsburger See geschwemmt. Finden sich sonst keine Flächen, sind dies die letzten, um unterirdisch ein Regenrückhaltebecken und eine Filteranlage einzubauen. Der Rummelsburger See darf nicht weiter als Kloake und auch nicht als Schiffsfriedhof missbraucht werden“.

Usik und Ziegler fordern:

1. Die Parkplätze erhalten und Wiederansiedlung eines Supermarktes.
2. Ein echtes Verkehrskonzept, das Anwohner, Berufstätige, Freizeitsuchende, Gewerbe und Kita-Bedarf einbezieht.
3. Prüfung und Sicherung von Flächen für Regenrückhaltung und Filterung des Ruschegrabens.
4. Bau eines seniorengerechten Sportplatzes anstatt Spielplatzes.
5. Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung umsetzen.

„Wir benötigen die Erweiterung der Kita genauso wie den Supermarkt“, betont Lilia Usik, „und eine pragmatische realitätsnahe Verkehrs- und Umweltpolitik.“

Neue Feuerwache für Lichtenberg kommt 2028

Großprojekt in Friedrichsfelde: Neun Fahrzeughallen und moderne Technik sind geplant

Ein bedeutendes Bauvorhaben in Lichtenberg nimmt Gestalt an: An der Adresse Alt-Friedrichsfelde 60 entsteht bis 2028 eine der modernsten Feuerwachen Berlins. Der bisherige Verwaltungsstandort wird ab dem Jahr 2026 für einen Neubau genutzt, der neun Fahrzeughallen sowie Platz für rund 180 Einsatzkräfte bieten soll. Die neue Wache soll eine zentrale Rolle für den Brand- und Rettungsschutz in Lichtenberg übernehmen.

Zudem wird damit eine lange bestehende Versorgungslücke der Berliner Feuerwehr


Am Standort Alt-Friedrichsfelde entsteht eine moderne Feuerwache Foto: Sarah Ribbeck



in Friedrichsfelde endlich geschlossen.

Geplant ist eine sogenannte Schwerpunkt-wache, ausgelegt für neun Fahrzeuge, darunter Lösch- und Rettungswagen, eine Drehleiter sowie ein Notarztein-satzfahrzeug.

Der Zeitplan ist festgelegt: Noch 2025 sollen die letzten Bauunterlagen eingereicht werden. Anfang 2026 folgt der Abriss der alten Sport-halle, danach beginnen die Bauarbeiten. Wenn alles nach Plan läuft, soll die neue Feuerwache im Herbst 2028 den Betrieb aufnehmen.



Haben Sie Themen in Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und der Rummelsburger Bucht? Ihre Abgeordnete Lilia Usik ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Lilia Usik, MdA  
Marksburgstraße 39, 10318 Berlin-Karlshorst

☎ (030) 75 43 74 60  
✉ kontakt@lilia-usik.de  
🌐 www.lilia-usik.de

f lilia.usik  
@ lilia\_usik  
🎵 lilia\_usik



# CDU-Fraktion fordert langfristige Lösungen für Volksfeste in Berlin

Zuckerwatte, Karussells und Kultur: Suche für Schaustellerstandorte beginnt

Die Unionsfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus fordert Planungssicherheit für das Schaustellergewerbe in der Hauptstadt und setzt sich für den langfristigen Erhalt des Zentralen Festplatzes ein. In einem aktuellen Antrag verlangen die Christdemokraten den Festplatz nur dann für eine spätere Wohnbebauung in Betracht zu ziehen, wenn zuvor ein gleichwertiger Ersatzstandort für das Schaustellergewerbe gefunden wurde. Damit soll verhindert werden, dass eine traditionsreiche Branche durch Flächenkonkurrenz aus der Stadt verdrängt wird.

## Zentraler Festplatz ist ein Stück Stadtkultur

Der Zentrale Festplatz am Kurt-Schumacher-Damm ist seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil des Berliner Veranstaltungskalenders und bei vielen Berlinerinnen und Berlinern mit persönlichen Erinnerungen verbunden. Ob Deutsch-Französisches Volks-

fest, Berliner Frühlingsfest oder das beliebte Herbstfest – hier treffen sich Generationen, um Fahrgeschäfte, Zuckerwatte, Rummelatmosphäre und ein Stück gelebte Stadtkultur zu erleben.

## Die Flächen werden immer knapper

Das soll so bleiben und deshalb dürfen sich die Rahmenbedingungen für die Branche nicht weiter verschlechtern. Die Corona-Pandemie hat der Branche stark zugesetzt, ebenso wie die Energiepreiskrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Im Gegensatz zu stationären Betrieben sind Schaustellerinnen und Schausteller auf nutzbare Freiflächen in der Stadt angewiesen – doch diese werden zunehmend knapper. Der Wegfall der Hasenheide als Veranstaltungsort für die Berliner Maientage habe die Lage zusätzlich verschärft.

Christian Gräff, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-



Feste feiern – dafür wird Platz gesucht

Foto: IMAGO/Jürgen Ritter

Fraktion, betonte in seiner Rede im Plenum, dass es besonders wichtig sei, nicht nur große Veranstaltungsflächen zu sichern, sondern auch kleinere Orte in den Ortsteilzentren auszuweisen, auf denen Kiezfeste, Märkte und saisonale Veranstaltungen möglich bleiben.

## Schausteller gehören zur kulturellen DNA

„Die Schausteller gehören zur kulturellen DNA unserer Stadt“, so Gräff. „Sie leisten einen Beitrag zum sozialen Miteinander, schaffen Orte der Begegnung und beleben unsere Stadtteile. Es darf nicht sein, dass sie aufgrund man-

gelnder Flächen aus Berlin verschwinden.“ Gräff kritisierte außerdem die teils zurückhaltende Haltung der Berliner Bezirke und forderte mehr Engagement von Verwaltung und Politik. Es reiche nicht aus, auf eine schriftliche Anfrage lediglich mit „keine Fläche vorhanden“ zu antworten. Vielmehr müsse aktiv nach Lösungen gesucht werden.

Ein bis zwei neue zentrale Stellplätze für das Schaustellergewerbe sollen jetzt identifiziert und gesichert werden. Bis Mitte 2026 erwartet die CDU-Fraktion konkrete Zeitpläne sowohl zur weiteren Nutzung des Festplatzes als auch zu einer möglichen Bebauperspektive.

Wenn wir wollen, dass auch künftige Generationen den Duft gebrannter Mandeln, das Rattern der Karussells und das Gefühl kindlicher Vorfreude mitten in der Hauptstadt erleben können, dann müssen auch entsprechende Flächen freigehalten werden. Berlin würde das weiterhin gut tun.

## Mietpreisprüfstelle: erste Bilanz

In den drei Monaten nach Inbetriebnahme von Berlins Mietpreisprüfstelle (klartext berichtete) konnte zahlreichen Mieterinnen und Mietern geholfen werden. Von März bis Mai wurden 159 Beratungsgespräche geführt, in 51 Prozent der Fälle wurde der zulässige Mietpreis um mehr als 50 Prozent überschritten. Den schwarzen Schafen unter den Vermietern drohen empfindliche Strafen, ohne alle Vermieter unter Generalverdacht zu stellen.



Gefragt: Mietpreisprüfstelle  
Foto: IMAGO/photothek





QR-Code scannen oder unter:  
**www.klartext-berlin.de**

## Jetzt auch DIGITAL lesen, was mir nützt!

Aktuelles aus der Stadt,  
Deinem Kiez & unserem  
Berliner Parlament.

# klartext



# Warum Berlin eine Flugabwehr braucht – und kein Luftschloss bauen darf

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Wir müssen über die Verteidigung unserer Hauptstadt nachdenken. Die Vorstellung, dass Berlin in einem zukünftigen Konflikt nicht zur Zielscheibe werden könnte, ist ein gefährliches Luftschloss. In einer unberechenbaren Weltordnung, in der Drohnenangriffe und Raketenbeschuss längst keine exotischen Szenarien mehr sind, kann sich keine Metropole ihrer Sicherheit sicher sein – auch Berlin nicht. Die Illusion, wir könnten uns aus geopolitischen Spannungen heraushalten oder allein durch Diplomatie schützen, hat sich spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufgelöst. Die „Zeitenwende“, von der Ex-Bundeskanzler Scholz sprach, ist nicht nur ein haushaltspolitischer Begriff. Sie ist militärische, strategische und emotionale Realität – oder sollte es zumindest sein.

Tatsächlich hinkt das sicherheitspolitische Bewusstsein in Deutschland dieser Realität noch immer hinterher. Jahrzehntlang galt: Verteidigung

findet anderswo statt. Wir waren eingebettet in Bündnisse, von akuter Bedrohung scheinbar weit entfernt. Doch das hat sich grundlegend geändert. Moderne Kriegsführung macht vor Grenzen keinen Halt mehr – und sie zielt nicht nur auf Frontlinien, sondern auf Kommandozentralen, Infrastruktur, Regierungseinrichtungen. Kurz gesagt: auf Orte wie Berlin.

Die Hauptstadt ist nicht einfach nur eine Großstadt – sie ist das politische Zentrum Deutschlands. Hier sitzen Bundesregierung, Parlament, Ministerien, Botschaften. Sollte ein Gegner Deutschlands ein symbolisches Ziel angreifen wollen, wäre Berlin die erste Adresse. Die Verwundbarkeit ist nicht spekulativ, sondern logisch. Wer glaubt, ein Flugabwehrschirm sei übertrieben, verkennet die Realität moderner Bedrohungen.

Ein Blick nach Israel zeigt, was möglich – und notwendig – ist. Das Land ist etwa so groß wie Brandenburg (ca.



**Luftabwehr: Schutz für Berlin und die Berliner**  
Foto: IMAGO/ZUMA Press Wire

22.000 km²), Berlin umfasst gut 890 km². Und doch schützt Israel seine Städte seit Jahren mit Systemen wie dem Iron Dome – einem mobilen Luftabwehrsystem, das Kurzstreckenraketen erkennt, analysiert und gezielt abfängt.

### Wie funktioniert der Iron Dome?

Obwohl nur ein Teil des Systems, wird „Iron Dome“ oft umgangssprachlich für die gesamte israelische Luftverteidigung verwendet. Diese besteht aus mehreren Ebenen: Iron Dome für Kurzstrecken und Drohnenangriffe, David’s Sling für Mittelstrecken und Arrow 2/3 für Langstreckenraketen. Das Radar erkennt ein Geschoss, berechnet dessen Flugbahn und entscheidet, ob ein Abfang nötig ist – nur dann startet eine Rakete, die das Ziel in der Luft zerstört. Der Iron Dome schützt damit effizient, nicht flächendeckend – er greift nur ein, wenn echte Gefahr besteht.

Wenn Israel Städte nahe feindlicher Raketenstellungen schützen kann, dann ist es auch für Berlin denkbar – etwa im Rahmen des europäischen „Sky Shield“ oder durch nationale Komponenten. Die Frage ist nicht, ob es möglich ist, sondern ob wir bereit sind, Sicherheit neu zu denken.

Denn genau das verlangt die Zeitenwende: ein Ende des sicherheitspolitischen Wunschenkens. Es geht nicht um Panikmache, sondern um Vorsorge. Nicht um Militarisierung, sondern um Verantwortung. Berlin zu schützen heißt nicht, Krieg zu wollen – sondern zu verhindern, dass er uns unvorbereitet trifft.

Wer jetzt handelt, baut keine Luftschlösser. Er schützt das, was nicht zerbrechen darf: die Sicherheit unserer freiheitlichen Gesellschaft.



**Dirk Stettner**  
Fraktionsvorsitzender  
Foto: Yves Sucksdorff

dt.-frz. Kulturfernseher

ugs.: brutaler Kraftprotz

Folge von drei Werken

Drüsenabsonderung

Name e. amerik. Raumfähre

ägypt. Pyramidenstadt

jemand, der sich gern prügelt

Steuergerät, Einsteller

Strom in Europa

Zitrusfrucht

Signalhorn am Fahrzeug

orientalischer Warenmarkt

Blechdose

Gärstoff

Nordpolargebiet

Perserteppich

blass, fahl

Wasserfahrzeug

Nordeuropäer

französisch: Insel

Bild ländlichen Friedens

kleine Brücke

Feindschaft, Streit

Roman v. Jane Austen † 1817

niederl. Star-geiger (André)

Erdaufschüttung

führen, steuern

in der Höhe

Fluss durch Berlin

frz.: Leben

franz. Partnerstadt Berlins

gleichgültig (das ist mir ...)

2

berl.: unnützes Beiwerk

elförmig

ugs.: dümm Lastenheber

11

Klageklauten von Tieren

4

Lohn, Verdienst

bäuerliche Tätigkeit

Basketballer aus Berlin

vernebelte Flüssigkeit

Laubbaum

Hauptstadt von Lettland

Vorname des Räubers Hood

Men-schen-affe

8

Nachlassempfänger

Berliner Männer-spliz-name

Hauptkirche

berl.: ver-höhen

Not, Misere

zum Munde gehörig (Med.)

Wohn-stätte

öster. Dirigent † Schwindler

früherer Berliner Flugplatz

unverheiratet

beweglich Bergpapagei

3

Vorname der Minnelli

ital. Name v. Neapel Wand-täfelung

zeitlos, immer

südostasiat. Völkergruppe

Opern-figur bei Gershwins † 1937

unerwünschte E-Mail (engl.)

Erfrischungsgetränk

engl.: Welt

ugs.: Navigationsgerät

fest, haltbar

Gebiete

Bein-gelenk

weibliches Borsten-tier

ungekocht

Meeres-säuge-tier

7

Wasser-pflanze

schraubstock-ähnli. Werkzeug

Film-be-rühmt-heit

9

Eier-seise

span. Partnerstadt Berlins

10

Schwin-gungs-erzeuger

erhöhter Fuß-boden-teil

5

Pracht-eingang

Verlust; Unter-bleiben

12

tatkräftiges Streben

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

Gleich scannen & mehr erfahren:

Oder besuchen Sie:  
[www.cdu-fraktion.berlin.de](http://www.cdu-fraktion.berlin.de)  
für Informationen zu unseren Ideen im Parlament.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

s2821-11



# Hilfe für die, die sonst immer stark sein müssen

CDU-Fraktion möchte Pflegenotfall-Telefon für Berlin

Es geschah an einem ganz normalen Donnerstagmorgen. Für Sabine K., 56, aus Berlin-Lichtenberg ist der Alltag alles andere als gewöhnlich. Seit drei Jahren pflegt sie ihren demenzkranken Vater zu Hause. Sie arbeitet halbtags, kümmert sich um Arztbesuche, Medikamente, Körperpflege – und steht seit Monaten am Rande der Erschöpfung. Doch an diesem Morgen spitzte sich alles zu: Ihr Vater stürzte im Badezimmer, weinte, war orientierungslos. Sabine wusste nicht weiter. Der Pflegedienst hatte für diesen Tag abgesagt, die Hausärztin war nicht erreichbar, und die Rettungstelle zu rufen, erschien ihr übertrieben – oder doch nicht?

„Ich hätte in dem Moment jemanden gebraucht, der mir zuhört, mich berät, mir sagt, was zu tun ist“, sagt Sabine. „Aber es gab niemanden. Ich war allein.“

### Versorgungslücke schließen – Feuerwehr entlasten

Genau in solchen Situationen soll es künftig Hilfe geben – wenn es nach der CDU-Fraktion Berlin geht. Sie hat die Idee entwickelt, ein Pflegenotfall-Telefon für Berlin einzurichten. Eine zentrale Rufnummer, bei der pflegende Angehörige und Pflegebedürft-



Glücklich und sicher alt werden: Das neue Pflegenotfall-Telefon soll dabei helfen  
Foto: istock/PeopleImages

”

In Berlin gibt es eine große Versorgungslücke in der häuslichen Pflege – gerade im Notfall.

### CDU-Fraktion Berlin

tige im Notfall rund um die Uhr Unterstützung finden. „In Berlin gibt es eine große Versorgungslücke in der häuslichen Pflege – gerade im Notfall“, schreibt die CDU-Fraktion in ihrem Antrag. Rund 212.000 Menschen erhalten in Berlin Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zwei Drittel davon werden ausschließlich durch Angehörige gepflegt, ein weiteres Fünftel durch ambulante Dienste. Wenn Pflege plötzlich ausfällt, wissen viele nicht, wohin. Das überlastet nicht nur die Familien – sondern am Ende auch die Notaufnahmen und die Feuerwehr. Das neue Pflegenotfall-Telefon soll helfen, genau diese Situationen abzufangen. Vorbild ist das Hamburger Pflegenottelefon, bei dem geschulte Fachkräfte telefonisch beraten, Hilfe organisieren und – wenn nötig – kurzfristig Unterstützung vermitteln.

### Bestehende Strukturen nutzen

Die CDU-Fraktion möchte das Angebot effizient in vorhandene Systeme einbetten: Es sollen keine Doppelstrukturen entstehen, sondern das genutzt werden, was bereits existiert – wie die Pflegestützpunkte oder der ärztliche Bereitschaftsdienst. Auch Hilfsorganisationen könnten eingebunden werden. Finanziert werden soll das Angebot vor allem über die Pflegekassen – analog zur Beteiligung der Krankenkassen am ärztlichen Bereitschaftsdienst.

### Ein Zeichen der Anerkennung für Pflegende

Für Menschen wie Sabine K. wäre das neue Angebot nicht nur eine praktische Hilfe – sondern auch ein Zeichen der Wertschätzung. „Ich mache das gern. Aber manchmal möchte ich einfach nur wissen, dass ich nicht allein bin.“ Die Christdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus wollen erreichen, dass dieses Gefühl Realität wird – mit einem Pflegenotfall-Telefon, das genau dann einspringt, wenn es am dringendsten gebraucht wird.

# Neuer Auftritt für Berlins Kultur

Zentrales Ticketing und Berlins Kulturangebot auf einen Blick

Berlins Bühnen, Orchester, Museen, die Clubkultur – das und mehr macht Berlin so attraktiv. Mit neuen Ideen will die CDU-Fraktion diese Leuchttürme unserer Stadt noch mehr zum Glänzen bringen.

Im Mittelpunkt: Die Entwicklung einer gemeinsamen Ticketvermarktung für alle Einrichtungen des Landes. Bisher organisieren das die Veranstalter meist in Eigenregie. Ein gemeinsames Auftreten gegenüber Dienstleistern könnte jedoch Kosten sparen. Zudem hätten Berliner und ihre Gäste den Vorteil, dann alles nur über eine Plattform buchen zu können.

### Berlin-Kultur-Seite

Auch die Übersichtlichkeit des vielfältigen Kulturangebots lässt sich verbessern. Das soll künftig auf einer zentralen Internetseite gebündelt werden. Für diese Form des gemeinsamen Veranstaltungskalenders sollte geprüft werden, inwieweit das durch externe Anbieter entwickelt werden kann. So wie das viele andere deutsche und europäische Großstädte bereits erfolgreich anwenden.

1  
gemeinsame Plattform bringt Kostenersparnis, effizientere Vermarktung und bessere Übersichtlichkeit auf das gesamte Kulturangebot



Blick auf die Bühne der Deutschen Oper. Auch sie wird vom zentralen Kartenverkauf profitieren  
Foto: IMAGO/APP-Photo



# Fünf Länder, ein Ziel: Warmlaufen für Olympia

Olympisches Dorf soll später an Berliner Mieter preiswert vermietet werden

Auf die Plätze, fertig – Olympia! Berlin und gemeinsam mit Berlin vier weitere Bundesländer haben ihre Bewerbungsidee für die olympischen Spiele vorgestellt. „Berlin plus“ heißt das Konzept mit der Sportstadt Berlin als Hauptaustragungsort. Gemeinsam in diesen Wettbewerb gehen neben der Bundeshauptstadt die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein. Die ergänzen sich und machen so großen Sport ohne teure Neuinvestitionen möglich: Kanu und Rudern auf der Re-



Bereit für die Olympia-Bewerbung mit Berlins Regierendem Kai Wegner im Olympiastadion  
Fotos: IMAGO/Bernd Elmenthaler

gattastrecke am Beetzsee in Brandenburg/Havel, Segeln in Kiel, Gewichtheben, Turnen und Fechten in Leipzig und beispielsweise Rugby im Berliner Jahn-Sportpark. Sie erwartet noch ein Vorteil: Das neue Olympische Dorf für 16.000 Athleten entlang der Avus neben dem Messegelände soll später als preiswerte Wohnungen vermietet werden. Ein Konzept, das begeistert. Berlins Wirtschaft zeigt sich überzeugt, Berlin und die ganze Region könne von den Spielen „auf Dauer profitieren“. Die Bewerbung bewertet der Olympische Sportbund bis September, die Entscheidung soll im Herbst 2026 fallen. Damit, so heißt es im Berliner Senat, seien mehr als 90 Prozent der benötigten Sportstätten verfügbar. Für Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner eine „Riesenchance“, der die Berliner dazu noch mitentscheiden lassen will. Die dürfen sich nicht nur auf großartige Wettkämpfe freuen.

## Hauptstadt ist Vorreiter bei Ladestationen

Mit 3250 öffentlichen Lade-punkten ist Berlin aktuell gut aufgestellt, zu weiteren 2000 besteht Zugang für Nutzer. Der weitere Ausbau geht voran. Beteiligt sind die Berliner Stadtwerke und 13 private Betreiber.

## Zaun-Bau am Görli hat begonnen

Die Arbeiten für einen Schutzzaun rund um den kriminalitäts- und drogenbelasteten Görli-Park in Friedrichshain-Kreuzberg haben begonnen. Es ist eine von vielen abgestimmten Vorhaben, um die Sicherheit in dieser Grünanlage für Anwohner zu verbessern.



# Mehr Ausbildungschancen für junge Berliner

Klares Ziel der CDU-Koalition: 2000 zusätzliche betriebliche Lehrstellen

Karriere machen, sich etwas im Leben leisten können. Wer wünscht sich das nicht? Das geht aber nur mit einer guten Berufsbildung. Um das sicherzustellen, setzt die CDU-Fraktion auf die Ausweitung des Angebots: 2000 zusätzliche betriebliche Lehrstellen sollen geschaffen werden.

## Herkulosaufgabe für Berlins Wirtschaft

Eine große Herausforderung für Berlins Unternehmen. Die haben aktuell mit den Folgen und Verunsicherungen jahrelanger Misswirtschaft unter Grünen-Verantwortung der abgewählten Bundesregierung zu kämpfen. Nur 11,1 Prozent der Betriebe unserer Stadt bilden aus. Das ist klar ausbaufähig. Allerdings wird auch die Suche nach geeigneten Bewerbern immer schwieriger.

700 junge Menschen waren Ende 2024 mehr in einer Ausbildung als Ende 2023

Dazu kommt: Viele junge Leute haben falsche Vorstellungen von ihrer Berufswahl. Die Abbrecherquote von 41,5 Prozent ist klar zu hoch. Es gibt also viel zu tun, um den Ausbildungsmarkt für die

jungen Berliner zu verbessern. Kammern und Verbände bemühen sich um frühzeitige Berufsorientierung, viele Betriebe bieten Schülern an, bei einem Praktikum Beruf und Betrieb näher kennenzulernen.

## Trend stimmt optimistisch

Hier müssen die Anstrengungen allerdings weiter forciert werden. Denn sonst verschärft sich der aktuelle Fachkräftemangel immer weiter. Auch deshalb will Berlin Jugendlichen mehr Perspektiven durch Ausbildung schaffen. Immerhin: Bis Ende 2024 waren 700 junge Menschen mehr in einer Ausbildung als Ende 2023. Um zusätzliche Anreize zu schaffen, ist im Gespräch, dass Ausbildungsbetriebe Zuschüsse zur Finanzierung der Azubistellen erhalten.



Mehr Ausbildungsplätze, gute Perspektiven für junge Berliner Foto: IMAGO/Jens Schicke

☒ **Nicht verpassen!**

Die nächste Ausgabe vom klartext erscheint Mitte Oktober 2025

## Termine

**Bürgerdialoge der CDU-Fraktion Berlin**  
Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner und den folgenden Abgeordneten können Sie zum jeweiligen Termin zu Ihren Themen diskutieren. Alle Informationen erhalten Sie unter: [www.kummer-tour.de](http://www.kummer-tour.de).

**KÜMMER**TOUR  
BÜRGERDIALOG

15.10. (Mi.)  
**Kümmer-Tour Karlshorst**  
Mit der Abgeordneten Lilia Usik für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht

## Mehr zusätzliche Züge an die Ostsee

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg will einen zusätzlichen dritten Zug am Tag von Berlin in Richtung Ostsee einführen, um gerade an Wochenenden die Situation in den Wagen zu entspannen.

Entspannte Fahrt zur Ostsee  
Foto: IMAGO/Westend61

**Auflösung** Kreuzworträtsel S.6

A	R	A	M	B	O		I	I	F		L	O		V	P									
R	A	M	B	O		F	L	A	D	U	S	E	R	W	E	R	B							
T	R	I	L	O	G	I	E	B	T	H	M	I	A	N	E	S	P	E	R	R	O			
S	E	K	R	E	T		N	B	L	O	E	D	M	E	L	K	E	R	R	I	G			
T		I		B	O	N	K	E	L		G	E	J	A	U	L	E		A	E	R	O	S	
D	I	S	C	O	V	E	R					N	A	E	R	O	S	I	G					
G	I	S	E	H	A																			
V	N	E	L	E	N	D																		
R	A	U	F	E	R																			
O	R	A	U	B	A	G	I	L																
R	E	G	L	E	R																			
H	R	E	K	L	A	M	E																	
O	R	A	N	G	E																			
H	U	P	E	R	E																			
B	A	S	A	R																				
U	N																							
H	E	F	E																					
S																								

SOMMERFERIEN

## IMPRESSUM

klartext  
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

**CDU-Fraktion Berlin**  
**Preußischer Landtag, 10111 Berlin**  
☎ Telefon: (030) 23 25 21 28  
✉ [klartext@cd-fraktion.berlin.de](mailto:klartext@cd-fraktion.berlin.de)  
🌐 [www.cdu-fraktion.berlin.de](http://www.cdu-fraktion.berlin.de)

**V.i.S.d.P.:** Heiko Melzer  
**Bildredaktion:** Patrick Liesener, Martin Bremer  
**Editorial Design, Layout, Satz & Produktion:** Martin Bremer  
**Druck:** A. Beig Druckerei und Verlag  
**Verteilung:** Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.